



Presseschau vom 04.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Deutschlandexperte Kamkin im RT-Interview: BRD ist "Vasallenstaat" im Dienst eines "Schurkenstaates"**

Immer mehr russische Journalisten und Experten äußern sich deutschlandkritisch. Inzwischen fallen auch recht harsche Töne, die an die Ressentiments in und nach den Zeiten des Zweiten Weltkrieges erinnern. Ob die Beziehungen zu Deutschland nun irreparabel geworden sind, darüber sprach RT mit dem russischen Deutschland-Experten Alexander Kamkin. ...

<https://kurz.rt.com/302m> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **"Europa ist auf eine Hungersnot nicht vorbereitet" – Ulrich Heyden im Interview (Video)**

Der freie Journalist Ulrich Heyden spricht mit uns über die EU-Sanktionen gegen Russland und deren Folgen für die EU selbst, aber auch für den Rest der Welt: Inwiefern stellen die Sanktionspakete die EU politisch vor eine Zerreißprobe? Wie effektiv sind diese Sanktionen überhaupt? Und droht jetzt neben der Energiekrise auch eine weltweite Hungersnot?

<https://kurz.rt.com/305t> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Sanktionen: Die Beschlüsse des EU-Gipfels**

Am 30. und 31. Mai fand die Außerordentliche Tagung des Europäischen Rats zu den Themenschwerpunkten Ukraine, Ernährungssicherheit, Sicherheit und Verteidigung und Energie statt. Insbesondere ging es um den gemeinsamen Beschluss eines sechsten Sanktionspakets gegen Russland. ...

<https://kurz.rt.com/305a> bzw. [hier](#)

Bernhard Loyer: **Uğur Şahin dämpft Erwartungen: Entwicklung des Omikron-Impfstoffs von BioNTech dauert noch an**

Das Mainzer Pharmaunternehmen BioNTech ließ auf seiner Jahreshauptversammlung mitteilen, dass erste Ergebnisse der Studien eines angepassten Omikron-Impfstoffs frühestens in den kommenden Wochen verfügbar seien. Damit verzögert sich auch die benötigte Zulassung bis in den Spätsommer oder Herbst. ...

<https://kurz.rt.com/3048> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Down Under und das Reich der Mitte – Was passiert im Südpazifik?**

Ändert die neue australische Regierung den scharfen antichinesischen Kurs ihrer Vorgängerin? Haben die USA Erfolg mit ihrem neuen Projekt IPEF, mit dem sie die pazifischen Inselstaaten gegen China in Stellung bringen wollen? Der Südpazifik ist gerade umkämpft. ...

<https://kurz.rt.com/2zuh> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **"Billige Scheinlösung" gegen Rentendilemma : Wirtschaftslobby schlägt 42 Stunden-Woche vor**

Nachdem der Vorschlag einer Rente ab 70 als gescheitert gelten kann, lautet eine Alternative nun: einfach mehr Stunden pro Woche malochen. Gewerkschaften warnen vor einem "Raubbau an der Gesundheit" und vor auf diese Weise aktiv verursachtem Fachkräftemangel.

...

<https://kurz.rt.com/304y> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Abgerutscht, entkoppelt, ohne Lobby: Immer mehr Jugendliche landen in Deutschland auf der Straße

Eine Jahresauswertung der Stiftung "Off Road Kids" deutet auf einen starken Anstieg der Jugend-Obdachlosigkeit in Deutschland hin. Unter anderem haben die Corona-Maßnahmen und eine chronisch desolante Jugendhilfe das Problem verschärft. ...

<https://kurz.rt.com/305y> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:45 de.rt.com: **Medienbericht: Russland steigert Ölproduktion und -export**

Nach einem starken Rückgang im April ist die russische Erdölproduktion wieder um fünf Prozent gestiegen. Das berichtete die Zeitung Wedomosti am Freitag unter Berufung auf eine Quelle in der Branche. Die Nachfrage aus Asien kontert sanktionsbedingte Ausfälle.

Im Mai 2022 lag die Produktion von Erdöl in Russland bei 10,2 Millionen Barrel pro Tag, gegenüber zehn Millionen im April. Im Vergleich zum Mai 2021 sank die Produktion jedoch um 2,5 Prozent.

Russlands stellvertretender Ministerpräsident Alexander Nowak sagte Ende Mai, dass die Ölproduktion im Jahr 2022 auf 480 bis 500 Millionen Tonnen sinken könnte, gegenüber 524 Millionen Tonnen im Jahr 2021. Dem Politiker zufolge rechnet die Regierung jedoch mit einer allmählichen Erholung der Produktion um etwa eine Million Barrel pro Tag in diesem Monat.

Der Zeitung Wedomosti zufolge haben die russischen Ölproduzenten ihre Produktion von Januar bis Mai im Vergleich zum Vorjahr um etwa 3,5 Prozent auf 219,9 Millionen Tonnen gesteigert. Angeführt wurde diese Entwicklung von Surgutneftegaz (+13 Prozent), Lukoil (+10 Prozent) und NNK (+9 Prozent).

Die Ölexporte stiegen den Statistiken zufolge um fast 13 Prozent auf 102,7 Millionen Tonnen. Und das, obwohl einige ausländische Ölhändler aufgrund des Risikos von Sekundärsanktionen zögern, Rohöl aus Russland zu kaufen.

Die USA und Großbritannien haben bereits ein Embargo über russisches Öl verhängt, während sich die EU am Donnerstag auf ein Teilverbot einigte. Im Rahmen der sechsten Sanktionsrunde der EU wird die Einfuhr von Öl aus Russland auf dem Seeweg in die EU innerhalb von sechs Monaten verboten werden. Die Beschränkungen für die Einfuhren über die Druschba-Pipeline wurden jedoch aufgeschoben. Ungarn, Bulgarien und die Tschechische Republik wurden vorübergehend von dem Embargo russischer Öllieferungen ausgenommen. Um potenzielle Käufer anzulocken, hat Russland Preisnachlässe auf sein Öl angeboten, was nach Meinung von Analysten die Ausfuhren des Landes trotz des westlichen Embargos attraktiv macht. So stiegen beispielsweise Russlands Ölexporte nach Indien im Mai im Vergleich zum Vorjahresmonat um fast das 25-Fache. Auch die Ausfuhren nach China stiegen im April gegenüber dem Vorjahresmonat um vier Prozent auf 6,55 Millionen Tonnen.

Russland ist nach Saudi-Arabien die wichtigste Rohstoffquelle für China.

Experten gehen davon aus, dass die russischen Produzenten in den kommenden Monaten ihre Exportströme weiter auf die asiatischen Märkte ausrichten werden, was zu einer weiteren Erholung der Produktion führen wird. Den von dem US-Analyseunternehmen Refinitiv erstellten Prognosen zufolge könnten die russischen Ölexporte nach Indien auf einen Rekordwert von 900.000 Barrel pro Tag ansteigen, während sich zusätzliche Lieferungen nach China auf bis zu 400.000 Barrel pro Tag belaufen könnten, da sich die Nachfrage in dem Land nach den jüngsten COVID-19-Lockdowns zu erholen beginnt.

Nikita Blochin, Senior Analyst der Alfa-Bank, sagte gegenüber Wedomosti:

"Wenn die Weigerung der europäischen Käufer, Uralöl-Erzeugnisse auf dem Seeweg zu importieren, schrittweise erfolgt, können wir davon ausgehen, dass die gesamten sinkenden Exportmengen innerhalb von eineinhalb bis zwei Monaten nach Asien umgeleitet werden." Er fügte hinzu, dass eine weitere Umleitung der Exportströme auf die asiatischen Märkte dazu beitragen wird, die Produktion auf dem Niveau von 10,3 Millionen Barrel pro Tag zu stabilisieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6299f9cab480cc5e9010c428.jpg>

wpered.su: Die KPRF setzt ihre humanitäre Mission in den befreiten Gebieten des Donbass fort

Der 97. humanitäre Konvoi der KPRF wurde am Vorabend des Internationalen Kindertages in die Gebiete der DVR und der LVR geliefert. Eine bestimmte Menge der Hilfsgüter der KPRF wurde in das befreite Wolnowacha geliefert und dann an Bildungseinrichtungen und die schwächsten Bevölkerungsgruppen — Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen, die ohne ihre Familien und Angehörigen, allein mit dem Krieg geblieben sind — verteilt, berichtet der Pressedienst der SKP-KPSS.

Die Organisation dieser Arbeit übernahm eine Unterstützerin der KPRF, eine mutige Donezkerin, die Leiterin des öffentlichen Büros des Sekretärs des Zentralkomitees der KPRF, des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der SKP-KPSS Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew, in Wolnowacha, Viktorija Timoschkina, die das Schicksal aller, die sich in Elend befinden, nicht gleichgültig ist. Heute widmet sie einen Teil ihrer Zeit und Energie der Hilfe für Bedürftige. Wiktorija hat ihre Heimatrepublik während der Kämpfe nicht verlassen - ihre Familie, Freunde, Verwandte und Bekannte leben hier.

Als Reaktion auf das Leid der Einwohner des befreiten Wolnowacha, das durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte erheblich gelitten hat, übergibt Victoria persönlich Hilfspakete mit allem Notwendigen an die betroffenen Bewohner, stimmt sich mit der Führung der SKP-KPSS ab und nimmt Briefe der Bevölkerung mit der Bitte um Hilfe entgegen, die an den Vorsitzenden der KPRF und der SKP-KPSS Gennadij Andrejewitsch Sjuganow eingehen. Und wichtig ist, dass sie genau solche Menschen um sich scharft, die den Menschen im Donbass und in den befreiten Gebieten der Ukraine unter den roten Bannern helfen wollen. Außerdem werden jetzt Pakete mit humanitärer Hilfe zusammengestellt und in das Dorf Nowogrigorjewka geschickt, dessen Bewohner noch immer unter Beschuss der ukrainischen Streitkräfte stehen. Viktoria hat auch diese Frage in die Hand genommen. Dies ist keine einfache Sache – in dem stark betroffenen Dorf ist bisher keine humanitäre Hilfe eingetroffen, aber die Menschen benötigen sie dringen, die Kommunisten sind ernsthaft über die Lage der Bevölkerung von Nowogrigorjewka besorgt, so dass die nächste Partie humanitäre Hilfe sehr bald in dieses Gebiet geliefert werden wird.

Auf die Frage, ob sie Angst haben, in das Gebiet zu kommen, das von den Ukrainern aktiv beschossen wird, antwortet die 24-jährige Vika mutig: „Wovor sollte man sich fürchten? Es ist mein gewöhnliches Leben, wir befinden uns alle in einer schwierigen Situation, und jetzt ist

es wichtig, sich zusammenzuschließen und einfachen Menschen zu helfen, die das brauchen.“ Im befreiten Wolnowacha wird nun ein spezieller Stab der KPRF gebildet, zur Leistung von Hilfe an alle Bedürftigen gebildet, der unter anderem auch alle Freiwilligen vereinen soll, die der einfachen Bevölkerung des Donbass helfen wollen. Und davon gibt es, das muss betont werden, viele.

„Es ist erfreulich, dass die heutige Jugend in einer so schwierigen Zeit Initiative zeigen, nicht abseits steht und sich zum Wohl ihrer Landsleute und Mitbürger zusammenschließt. Sie sind wahre Patrioten, die nicht nur ihre Städte nicht im Stich gelassen haben, sondern auch aktiv der Bevölkerung helfen, die sie im Moment dringend braucht», sagte Kasbek Tajsaw.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/06/KPRF-.jpg>

19:58 de.rt.com: **Ukrainischer Geheimdienst hält Tochter eines Donbass-Kommandeurs als Geisel**

Die Terrorwelle, die die Ukraine seit Beginn der russischen militärischen Intervention Ende Februar erfasst hat, reißt nicht ab. Nun wurden neue Fälle von Entführungen Verwandter von Offizieren der Volksrepublik Donezk bekannt.

Wladimir Demtschenko ist stellvertretender Kommandeur einer Einheit der Streitkräfte der Volksrepublik Donezk. Am Freitag berichtete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti, dass der ukrainische Geheimdienst SBU Mitte April die Tochter Demtschenkos entführt habe, um den Militärangehörigen zur Zusammenarbeit mit der ukrainischen Seite zu zwingen.

Demtschenko berichtete in einem Gespräch mit Journalisten, dass er am 16. April über Telegram eine Nachricht von seiner Tochter erhielt, in der sie ihn bat, anzurufen.

Demtschenko habe es versucht, sei aber nicht durchgekommen. Dann kam eine weitere Nachricht:

"Papa, sie haben mich deinetwegen mitgenommen. Sie werden dich morgen um 23 Uhr kontaktieren."

Zum weiteren Verlauf des Anwerbeversuchs sagte der DVR-Offizier:

"Am Abend des 17. April wurde ich kontaktiert. Als ich fragte, wen die Anrufenden vertreten, sagte man mir: 'Wir vertreten die Abteilung für Spezialoperationen.'"

Für den Fall, dass er sich weigere, mit dem SBU zusammenzuarbeiten, sei Demtschenko damit gedroht worden, dass "sie nicht so sein wird, wie Sie es gerne hätten".

Laut Demtschenko kam eine Zusammenarbeit trotzdem nicht zustande. Der Kontakt sei daraufhin abgebrochen. Versuche, die Tochter ausfindig zu machen, seien seitdem fruchtlos geblieben. Sie befindet sich nicht in offiziell in Haft, auch beim Geheimdienst SBU ist die

Verhaftung nicht offiziell registriert. Auch inoffizielle Versuche, den Aufenthalt aufzuklären, blieben erfolglos: Demtschenko schätzt, dass seine Tochter sich in keinem offiziellen Gefängnis befindet, auch nicht in denen, die dem SBU unterstellt sind. Sie ist spurlos verschwunden.

Der Offizier wandte sich an die Generalstaatsanwaltschaft der Volksrepublik Donezk, die ein Strafverfahren wegen Geiselnahme einleitete. Wie RIA Nowosti berichtet, wurde neben Demtschenkos Tochter auch sein Schwiegersohn entführt.

Zuvor hatte die Ombudsfrau der Republik, Darja Morosowa, erklärt, dass ukrainische Spezialdienste seit Beginn der russischen Militäroperation ständig Angehörige von DVR-Soldaten und Aktivisten entführen. Ihr zufolge werden sie in geheimen Gefängnissen festgehalten und gefoltert.

"Mit dem Beginn der Sonderoperation haben die Entführungen aus ideologischen Gründen (in der Ukraine – Anm. d. Red.) nicht nur wieder zugenommen, sondern sind auch weit verbreitet. Außerdem wurden Fälle von Entführungen Minderjähriger registriert. Im Moment habe ich eine gewisse Anzahl von Appellen von Angehörigen der in der Ukraine Entführten erhalten", sagte Morosowa am Donnerstag Reportern.

RT DE hatte seit Mitte März mehrfach über das [spurlose Verschwinden](#) bekannter Oppositioneller in Kiew und anderen ukrainischen Städten berichtet. Mit wenigen Ausnahmen ist das Schicksal derjenigen, über deren Entführungen wir berichtet hatte, nach wie vor nicht aufgeklärt. Die Zahl der bekannt gewordenen Fälle beträgt mehrere Hundert Personen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a325548fbef66bf5fc427.jpg>

Dan-news.info: Auf der **Pressekonferenz der Bevollmächtigten für Menschenrechte** in der DVR Darja Morosowa zu geheimen Gefängnissen in der DVR berichtete sie über die Zunahme der Entführung von Verwandten von Soldaten der Volksmiliz und Funktionsträgern der DVR.

„Seit Beginn der Spezialoperation sind die Entführungen von Menschen in der Ukraine aus ideologischen Motiven nicht nur wieder aufgenommen worden, sondern sie haben leider Massencharakter angenommen. Mehr noch, es wurden Fälle von Entführung minderjähriger Kinder festgestellt“, sagte Morosowa.

Sie berichtet, dass sich an die stellvertretende Kommandeur einer Einheit der Volksmiliz der DVR, Wladimir Demtschenko, gewandt hat, dessen Tochter und Schwiegersohn in Charkow entführt wurden. Er war auch auf der Pressekonferenz anwesend und berichtete. Demtschenko war vor Beginn des Krieges im Donbass im Charkower Oblast von Seiten der Partei „Starke Ukraine“ des ukrainischen Politikers Sergej Tigipko, der die Idee vertrat, die russische Sprache zur zweiten Staatssprache in der Ukraine zu machen. 2014 wurde Demtschenko von ukrainischen Geheimdiensten festgenommen, im wurden zwei Sprengstoffpakete und eine Karten von Eisenbahnverbindungen untergeschoben. Bis zum 20. September 2014 befand er sich in ukrainischer Gefangenschaft, dann kam er im Rahmen eines Gefangenenaustauschs in die DVR. In Donezk trat er der der Volksmiliz bei, so er bis jetzt

dient. In dieser ganzen Zeit war seine Tochter Jekaterina in Charkow, sie wurde in der Zeit nach Beginn der Spezialoperation der RF in der Ukraine von ukrainischen Kämpfern entführt. „Am 16. April schrieb mir die Tochter über Telegram: „Setz Dich dringend mit mir in Verbindung“. Als ich eine Verbindung hat, versuchte ich sie anzurufen, aber das gelang mir nicht. Am Abend erhielt ich wieder eine Mitteilung über Telegram: „Papa, mich haben sie wegen Dir mitgenommen, morgen um 11:00 wird man sich mit Dir in Verbindung setzen“. So war es auch, sie riefen mich 30 Minuten später an“, sagte der Offizier. Er berichtet, dass sein erstes Gespräch mit den Entführern 21 Minuten dauert. Sie versuchten, ihn zur Zusammenarbeit mit der Ukraine zu bringen, aber Demtschenko weigerte sich. Danach nahmen die Entführer einige Zeit keine Verbindung auf und Wladimir versuchte, den Aufenthaltsort seiner Tochter festzustellen.

„Ich stellte fest, dass sogar der Rechtsanwalt, den ich in Charkow hatte, mir nicht helfen konnte, er sagte, dass man ihm drohte: „Wenn Du Dich einmischst, wirst Du auch da sitzen, wo seine Tochter sitzt“. Ich weiß, dass Kati nicht im Untersuchungsgefängnis ist, sie ist auch nicht im Gefängnis und sogar nicht beim SBU. Wo sie sich derzeit befindet, weiß ich nicht“, unterstrich der Offizier.

Das nächste Mal wandten sich die Entführer am 8. Mai an Demtschenko.

„Sie schrieben mir folgendes: „Wir sind freie Partisanen des Charkower Gebiet, wir wenden uns an Sie, weil mir meinen, dass sie ein ideologischer Anhänger der russischen Welt sind. Sie haben keine Ehre und kein Gewissen und gehen nicht auf unsere Seite über und kommen nicht in ein von russischen Soldaten freies Land. Wir schlagen Ihnen vor, in einer Video- und Audioaufzeichnung über die „Maulwürfe“ und Verräter unseres Landes zu berichten, die Ihrer Seite bei der militärischen Einnahme unseres Landes helfen“, zitierte Demtschenko.

Später begannen die Entführer von ihm Listen ukrainischer Kriegsgefangener, die sich in der DVR befinden, zu fordern. Er erklärte, dass er in keiner Weise diese Informationen liefern kann, weil er damit nicht befasst sei. Nach einiger Zeit erlaubte man ihm, mit der Tochter zu sprechen.

„Das Paradox liegt darin: zuerst sagten sie, dass sie nur Katja haben. Und erst am 12. Mai schrieben sie mir: „Wie viele Menschen sind Sie bereit gegen Ihre Tochter und Ihren Schwiegersohn auszutauschen“. Und erst da erfuhr ich, dass sie zusammen mit Katja auch den Schwiegersohn entführt haben. Wo er sich befindet, weiß ich auch nicht“, berichtet Demtschenko.

Der Leiter der Abteilung zur Ermittlung von Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit der Generalstaatsanwaltschaft der DVR Wiktor Gawrilow berichtete, dass sich Wladimir Demtschenko an die Generalstaatsanwaltschaft der Republik aufgrund der Entführung seiner Tochter und seines Schwiegersohns gewandt hat. Das leitende Aufsichtsorgan der DVR hat zu diesem Fall ein Strafverfahren wegen „Geiselnahme“ aufgenommen. Die Strafe nach diesem Paragraphen sieht eine Freiheitsstrafe zwischen 6 und 15 Jahren vor.

20:00 de.rt.com: **Borrell: EU erkennt Ausstellung russischer Pässe für Einwohner von Cherson und Saporoschje nicht an**

Die EU erkennt die Ausstellung russischer Pässe an Bewohner der befreiten Gebiete von Cherson und Saporoschje nicht an und verurteilt dieses Vorgehen. Dies geht aus einer Erklärung des Chefs der EU-Außenpolitik Josep Borrell hervor. Wörtlich hieß es:

"Die EU verurteilt aufs Schärfste die Dekrete des russischen Präsidenten vom 25. und 30. Mai, die den Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft und die Ausstellung russischer Pässe für ukrainische Bürger in den Gebieten Cherson und Saporoschje erleichtern."

Borrell betonte, dass diese Gebiete "vorübergehend unter russischer Kontrolle" stünden. Der hochrangige EU-Diplomat ging dabei in keiner Weise auf das äußerst große Interesse der Einwohner dieser Gebiete an der russischen Staatsbürgerschaft ein. Weiter hieß es:

"Die EU verurteilt alle russischen Versuche, demokratisch gewählte ukrainische Verwaltungen zu ersetzen. Die EU verurteilt auch die Einführung des russischen Rubels parallel zur Griwna und die Verwendung neuer Materialien für den Schulunterricht sowie die Änderung der Unterrichtssprache in den Schulen in Cherson und Saporoschje."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a380548fbef6e83123b58.jpg>

20:40 de.rt.com: **LVR-Republikchef Passetschnik: US-Raketenwerfer könnten von der Ukraine für massiven Beschuss der LVR eingesetzt werden**

Gegenüber TASS [äußerte](#) das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik (LVR), Leonid Passetschnik, Befürchtungen über den Einsatz der von den USA an die Ukraine gelieferten HIMARS-Mehrfachraketenwerfer-Systeme:

"Seit acht Jahren töten die ukrainischen Streitkräfte mit finanzieller und militärischer Unterstützung der Vereinigten Staaten die Bewohner der Volksrepubliken Lugansk und Donezk und zerstören die Infrastruktur der Region. Kiew kann die neuen, leistungsstarken US-Raketenwerfer auf die gleiche Weise für den massiven, zerstörerischen Beschuss unserer Gebiete einsetzen. Wir können sagen, dass das Pentagon dies bereits öffentlich erklärt hat", betonte er. Passetschnik wies auf die Zusage Washingtons hin, dass die Raketenwerfer nicht gegen das Territorium Russlands eingesetzt werden.

"Es stellt sich eine ganz logische Frage: Wohin werden sie in diesem Fall schießen? Solche Äußerungen des Pentagons bereiten uns durchaus ernsthafte Sorgen. Wir werden verstärkte Maßnahmen ergreifen müssen, um sicherzustellen, dass Kiew diese Waffen nicht einsetzt", erklärte er.

Am Mittwoch hat die US-Behörden ein neues Militärhilfepaket für die Ukraine angekündigt, das die Lieferung von HIMARS-Raketenwerfern und der dazugehörigen Munition beinhaltet. Das erste Los wird vier solcher Systeme umfassen. Zuvor hatte die US-Regierung dargelegt, dass die Reichweite der Raketen für die leichten HIMARS-Systeme, die auf einem LKW-Fahrgestell montiert sind, 80 km nicht überschreite.

Kiew habe den USA zugesichert, die US-Raketenwerfer nicht gegen Ziele auf russischem Gebiet einzusetzen, heißt es aus der Ukraine. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte am Donnerstag, die Zusicherungen Kiews, dass die US-Raketen nicht gegen Ziele auf russischem Territorium eingesetzt werden, seien wertlos und sollten nicht geglaubt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a354b48fbef66bf5fc42f.jpg>

21:57 (20:57) novorosinform.org: **Das Saur-Mogila-Denkmal in der DVR wird in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt**

Die Restaurierung von Saur-Mogila wird aus den besten Materialien erfolgen, und das Denkmal selbst wird so sorgfältig wie möglich in seiner ursprünglichen Version restauriert, sagte Nikolai Owsienko, stellvertretender Leiter der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft.

Saur-Mogila sei ein heiliger Ort, daher müsse er „auf höchstem Niveau“ und aus den besten Materialien restauriert werden, sagte Owsienko nach einem Treffen mit dem Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, das sich der Restaurierung des Denkmals widmete.

Laut Owsienko werde die Möglichkeit, das Design des Denkmals zu ändern, nicht diskutiert. "Es wird so schonend wie möglich erhalten und in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt", betonte der Vertreter der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft, [berichtet](#) RIA Novosti.

Er nannte die Restaurierung von Saur-Mogila „ein wichtiges gesamtrussisches Projekt“ und fügte hinzu, dass die Führung der DVR plane, das Denkmal zum Epizentrum der Feierlichkeiten am Tag der Befreiung des Donbass von den Nazi-Invasoren zu machen, der am 8. September begangen wird.



https://novorosinform.org/content/images/58/53/45853_720x405.jpg

21:20 de.rt.com: **Vorwurf von Moskau gegen USA: Russische Mi-17 an Ukraine ohne Zusage von Russland geliefert**

Die russische Botschaft verlange von den USA eine detaillierte Erklärung, da die russischen Hubschrauber Mi-17 ohne Wissen und Zustimmung Russlands als Exportland an die Ukraine weitergegeben wurden, so das russische Außenministerium:

"Vor dem Hintergrund der Erklärungen Washingtons über neue Militärhilfe für Kiew wurde

die Aufmerksamkeit auf eine weitere eklatante Tatsache gelenkt, dass die USA ihre internationalen Verpflichtungen verletzen. Wir haben noch keine klare Antwort erhalten." Das neue "Militärhilfe"-Paket der USA für die Ukraine umfasst vier Mi-17-Hubschrauber, die Russland zuvor für Afghanistan an die USA geliefert hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a470bb480cc43db0e4da4.jpg>

21:40 de.rt.com: DVR: **Ein Zivilist bei Beschuss durch ukrainische Einheiten in Wladimirowka getötet**

Die russische Agentur TASS [meldet](#) den Beschuss von Ortschaften in der Donezker Volksrepublik: Ein Zivilist wurde durch Geschosse der ukrainischen Streitkräfte im Bezirk Wolnowacha getötet und ein weiterer verwundet. Dies teilte das Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der Volksrepublik Donezk am Freitag mit.

"Die ukrainischen Streitkräfte beschossen Wladimirowka, wobei ein Zivilist getötet und ein weiterer verletzt wurde", hieß es.

In der Donezker Volksrepublik sind heute außerdem zwei Menschen am Strand von Mariupol durch die Explosion eines Sprengsatzes ums Leben gekommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a4ac748fbef6dcc2b2341.jpg>

Wolnowacha: Ein russischer Soldat patrouilliert durch die Stadt in der Donezker Volksrepublik, April 2022

22:15 de.rt.com: **Putin kommentiert Energiekrise: "Russland hat nichts damit zu tun"**

In einem Interview hat sich der russische Präsident Wladimir Putin zu den Ursachen der Energiekrise in Europa geäußert. Seiner Ansicht nach habe eine Reihe von Aktionen, die vor langer Zeit begonnen wurde und an der Russland nicht beteiligt war, zu der derzeitigen Situation geführt.

Putin betonte, dass der Westen "unqualifizierte" Energieempfehlungen abgegeben habe, einschließlich der Überschätzung des Potenzials alternativer Energien und dem Umstand, die Bedeutung traditioneller Energiequellen wie Kohlenwasserstoffe unterschätzt zu haben.

Außerdem hätten die Banken die Kreditvergabe für Projekte im Energiebereich eingestellt, ebenso wie die Versicherungsgesellschaften die Haftungsübernahme von Geschäften verweigert hätten. Beides habe zu einem Investitionsstau im globalen Energiesektor und damit zu höheren Preisen geführt. Wladimir Putin unterstrich:

"Die Preise sind gestiegen. Russland hat absolut nichts damit zu tun."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a58f1b480cc320b165448.jpg>

22:21 de.rt.com: **Mangel an Babynahrung: Lukaschenko bietet USA Hilfe an**

Washington könne angesichts des landesweiten Mangels an Babynahrung die benötigten Waren aus Weißrussland beziehen. Das verkündete der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko und unterstrich, dass die Lieferungen bei Bedarf sofort gestartet werden könnten.

Die USA könnten Säuglingsnahrung und verschiedene Arten von Babynahrung aus Weißrussland beziehen. Dies bot der Präsident des Landes, Alexander Lukaschenko, am Freitag an. Er kommentierte damit den derzeitigen Mangel an dem wichtigen Produkt in den USA und das Vorgehen der US-Regierung, entsprechende Waren mit Flugzeugen aus Europa einzufliegen. In einem Gespräch mit der Presse betonte Lukaschenko:

"Wir haben gute Milch, gute Fleischprodukte für Kinder, Dosenessen, Säuglingsnahrung, alles. Wenn sie es wünschen, könnten wir morgen die Lieferungen starten."

Der weißrussische Staatschef, der von den USA wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen sanktioniert wurde, fügte hinzu, dass er bereit sei, die Lebensmittel wahlweise als kommerzielles Produkt oder als humanitäre Hilfe anzubieten. Die Amerikaner seien ihm zufolge in der Lage, für weißrussische Produkte zu zahlen. Lukaschenko forderte die Reporter auf, sein Angebot "an jeden Amerikaner" weiterzuleiten. Der Mangel an Säuglingsnahrung in den USA war durch die Schließung eines Werks der Firma Abbott Laboratories in Michigan im Februar ausgelöst worden, weil es Bedenken wegen Verunreinigungen gab. Das Werk, das rund 40 Prozent der auf dem US-Markt angebotenen Säuglingsnahrung herstellte, rief einige seiner Produkte zurück und schloss eine Produktionsanlage, nachdem Berichten zufolge vier Säuglinge, die dort hergestellte Säuglingsnahrung erhalten hatten, an einer seltenen bakteriellen Infektion erkrankt waren. Zwei von ihnen starben später.

US-Präsident Joe Biden räumte diese Woche ein, dass er die Bedeutung des Werks für die Versorgung unterschätzt habe. Er erklärte, seine Regierung sei dabei, die Krise zu lösen. Washington verwendete in der Folge militärische Frachtflugzeuge, um Babynahrung aus Deutschland zu beziehen. Die USA bemühen sich auch um weitere Lieferungen aus dem Vereinigten Königreich und Australien im Rahmen der sogenannten Operation Fly Formula. Weißrussland als Land wie auch Präsident Lukaschenko persönlich standen bereits mehrfach

im Fadenkreuz westlicher Sanktionen. Die jüngste Sanktionsrunde wurde als Vergeltung dafür verhängt, dass die weißrussische Regierung den russischen Truppen gestattet hatte, das Territorium des Landes für ihre Offensive gegen die Ukraine zu nutzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a334748fbef66bf5fc42c.jpg>

22:30 de.rt.com: **Drei Explosionen in den Außenbezirken von Cherson**

Wie ein Korrespondent von RIA Nowosti [berichtet](#), wurden russische Flugabwehrsysteme über dem Stadtrand von Cherson aktiviert. Drei Explosionen seien zu hören gewesen, zwei davon waren schwer. Weitere Einzelheiten wurden bisher nicht bekannt.

Zuvor hatte Kiew mehrere Versuche unternommen, die Verteidigungsanlagen zu durchbrechen und in das Gebiet von Cherson einzudringen. Nach Angaben des stellvertretenden Leiters der Militär- und Zivilverwaltung der Region, Kirill Stremousow, vereitelte die russische Armee alle Versuche der ukrainischen Streitkräfte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a69ecb480cc2f6e7bd0e4.png>

Blick auf den Dnjepr und die Stadt Cherson

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Kiew will mit Moskau nur aus stärkerer Position heraus verhandeln**

Die Ukraine will nach Worten ihres Chefunterhändlers erst bei einer stärkeren Position im Krieg gegen Russland an den Verhandlungstisch zurückkehren. Für die Unterbrechung gebe es gute Gründe, solange in der Ostukraine schwer gekämpft werde, sagte Dawid Arachamija am Freitag im ukrainischen Fernsehen.

"Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden, wenn unsere Verhandlungsposition gestärkt ist."

Die Ukraine werde vor allem dadurch stärker, "dass die Waffen, die uns von internationalen

Partnern ständig versprochen werden, endlich in ausreichender Menge eintreffen", meint der Fraktionsvorsitzende der Präsidentenpartei Diener des Volkes. Präsident Wladimir Selenskij will indes wieder verhandeln, wenn die russischen Truppen sich wenigstens auf die Grenzen von vor dem 24. Februar zurückziehen. Er will auch mit Kremlchef Wladimir Putin direkt sprechen, was Russland bislang allerdings ablehnt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629ae57048fbef79d679aaf4.jpg>

Auf dem Archivbild: Die ukrainische und die russische Delegation verhandeln am 7. März 2022 in Weißrussland.

7:34 de.rt.com: **Afrikanische Union fordert Aufhebung der Russland-Sanktionen**

Die Afrikanische Union steht laut ihrem Vorsitzenden zwei großen Problemen gegenüber – der weltweiten Nahrungsmittelkrise und den gegen Russland verhängten Sanktionen. Diese seien eine ernsthafte Bedrohung für die Ernährungssicherheit des afrikanischen Kontinents. Die westlichen Sanktionen gegen Russland bedrohen Afrika mit einer Krise der Ernährungssicherheit. Darauf wies der Vorsitzende der Afrikanischen Union und senegalesische Präsident Macky Sall am Freitag bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin hin. Er sprach sich für die Aufhebung der Beschränkungen aus, die den Export von russischem Getreide und Mineraldünger erschweren. Sall erklärte: "Die Sanktionen gegen die Russische Föderation haben die Situation verschlimmert, weil wir keinen Zugang mehr zu Getreide, insbesondere zu Weizen aus Russland, und vor allem zu Düngemitteln haben, was eine ernsthafte Bedrohung für die Ernährungssicherheit auf dem [afrikanischen] Kontinent darstellt."

Der Vorsitzende der Afrikanischen Union wies auf zwei große Probleme hin: die weltweite Nahrungsmittelkrise und die gegen Russland verhängten Sanktionen. Ihm zufolge müssten diese Probleme gelöst werden, damit Nahrungsmittel, insbesondere Getreide und Düngemittel, von der Sanktionsliste gestrichen würden.

Präsident Putin erklärte unterdessen, die russisch-afrikanischen Beziehungen befänden sich derzeit in einer neuen Entwicklungsphase, die für beide Seiten sehr wichtig sei. Er fügte hinzu:

"Ich möchte daran erinnern, dass unser Land immer auf der Seite Afrikas gestanden und Afrika im Kampf gegen den Kolonialismus unterstützt hat."

Putin zufolge wuchs das Volumen des bilateralen Handels zwischen Russland und dem Kontinent gewachsen und nahm in den ersten Monaten dieses Jahres um mehr als 34 Prozent zu.

Die Vereinten Nationen warnten kürzlich vor einer Verschärfung der weltweiten Nahrungsmittelkrise, die auf den Konflikt in der Ukraine und die westlichen Sanktionen gegen Russland zurückzuführen ist. Besonders schlimm ist die Lage in Ostafrika, einer

Region, die traditionell rund 90 Prozent ihrer Getreideeinfuhren aus Russland und der Ukraine bezieht.

Nach Angaben des UN-Welternährungsprogramms (WFP) litten bereits vor der Krise in der Ukraine rund 13 Millionen Menschen am Horn von Afrika unter Hunger. Dem WFP zufolge könnte sich die Situation aufgrund einer Dürre noch verschärfen, die die Ernten in Kenia, Somalia und Äthiopien beeinträchtigte und zum Sterben von Vieh führte.

Die UNO schätzt, dass die weltweite Nahrungsmittelkrise 323 Millionen Menschen an den Rand des Verhungerns bringen könnte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a4de3b480cc320b16543e.jpg>

Der senegalesische Präsident und Vorsitzende der Afrikanischen Union Macky Sall beim EU-Afrika-Gipfel am 17. Februar 2022

7:36: de.rt.com: **Schweiz verbietet Lieferung von Munition und Panzern an Ukraine über Drittländer**

Die Schweiz hat ihr Exportverbot für schweizerische Waffen über Drittländer an die Ukraine bekräftigt. Am Freitag teilte der Bundesrat mit, Bern könne der Lieferung von Munition und Radschützenpanzern aus Deutschland und Dänemark an Kiew aufgrund "des neutralitätsrechtlichen Gleichbehandlungsgebots" nicht zustimmen. Nach dem Kriegsmaterialgesetz könnten Ausfuhrgesuche nicht genehmigt werden, wenn sich das Empfängerland in einem internationalen bewaffneten Konflikt befinde.

Der Bundesrat erlaubte jedoch, "Baugruppen und Einzelteile" an europäische Rüstungsunternehmen zu liefern – auch wenn sie zur Herstellung von Waffen verwendet werden könnten, die später möglicherweise in die Ukraine gelangen.

Das Verteidigungsministerium in Bern teilte seinerseits mit, dass Deutschland Kampfpanzer aus früheren Beständen der Schweizer Armee an andere europäische Staaten weitergeben dürfe. Berlin könne frei über die Verwendung von 42 Panzern des Typs Leopard 2 A4 entscheiden, die die Schweiz in den Jahren 2010 und 2011 dem Hersteller Rheinmetall zurückverkauft hatte. Somit kann Deutschland diese Panzer an Staaten liefern, die ihrerseits der Ukraine Rüstungsgüter zur Verfügung gestellt haben.

8:37 (7:37) **novorosinform.org: Kiewer Behörden befahlen den Kämpfern, so lange wie möglich in Sewerodonezk zu bleiben – Quelle**

Selenskyj habe einen solchen Befehl zu Imagezwecken erteilt, damit seine politischen Gegner nicht über die Übergabe von Sewerodonezk an die russische Armee spekulieren, berichtet der Telegram-Kanal „Resident“.

Um das Industriegebiet und angrenzende Wohngebiete in der Nähe der Stadt zu halten, wurden Reservisten aus Kramatorsk verlegt. Laut der Quelle wurden Einheiten aus ausländischen Söldnern und Spezialeinheiten gebildet.

„Die Hauptgruppe bestand aus westlichen PMCs und militärischen Spezialeinheiten, da die mobilisierten und die Verteidigungskräfte sich weigerten, ohne Artillerieunterstützung zu

handeln“, schrieb „Resident“.



https://novorosinform.org/content/images/58/59/45859_720x405.jpg

8:34 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Cherson: Kiew lässt Bankkonten von Einwohnern des Gebiets sperren**

Kirill Stremoussow, Vizechef der militärisch-zivilen Verwaltung des ukrainischen Gebiets Cherson, das seit März von der russischen Armee kontrolliert wird, hat der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti mitgeteilt, dass die ukrainischen Banken die Konten ihrer Kunden in der Region gesperrt hätten. Die Einwohner könnten ihr Geld nicht mehr abheben. Auch die Zahlungskarten würden nicht mehr bedient.

"Die Ukraine hat alles getan, um die Menschen zu berauben, um ihnen nicht das Geld auszuzahlen, das auf ihren Konten verbleibt."

Stremoussow kündigte allerdings an, dass demnächst im Gebiet Cherson russische Banken öffnen würden. Darüber hinaus versprach er, dass seine Verwaltung die Integration mit Russland fortsetzen werde.

"Unsere Region wird ein Bestandteil der Russischen Föderation sein. Niemand ist im Stande, dies zu verhindern."

Immer mehr Einwohner des Gebiets Cherson würden russische Pässe erhalten, so Stremoussow.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629af8ccb480cc7b72355a88.jpg>

Auf dem Bild: Menschen stehen Schlange vor einem Geldautomaten in Cherson, 20. Mai 2022

10:08 (9:08) novorosinform.org: **Westen ist von der ganzen Welt isoliert - Ex-Premierminister von Italien**

Die Krise in der Ukraine habe gezeigt, dass Europa und die Vereinigten Staaten vom Rest der Welt isoliert seien, sagte der frühere italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi.

Die westliche Politik, Russlands Spezialoperation zum Schutz des Donbass zu verurteilen, werde nur von den Staaten der Pazifikregion, darunter Australien und Japan, unterstützt, aber der Rest der Welt weigere sich, "diesen Weg zu gehen", sagte der italienische Politiker.

Laut Berlusconi ist dies ein alarmierendes Zeichen für die Zukunft der USA und Europas, weil Russland nur vom Westen isoliert sei, letzterer aber jetzt und vielleicht in Zukunft von der ganzen Welt.



https://novorosinform.org/content/images/58/63/45863_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 04.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

27 Mann;

3 Schützenpanzerwagen;

5 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 26

Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm auf Perwomajsk abgefeuert.

Dabei wurden **2 Zivilisten, geb. 1943 und 1973, verletzt**, außerdem wurden 3 Wohnhäuser beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben der ukrainischen Soldaten zu bewahren und ruft sie auf, die Waffen niederzulegen, so setzen Artillerieeinheiten der Volksmiliz den **Abwurf von Agitationsflugblättern über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte** fort.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie die Evakuierung der friedlichen Bevölkerung aus der Kampfzone.

9:32 de.rt.com: Unruhen in Armenien – 60 Verletzte bei Zusammenstößen

In der Südkaukasusrepublik Armenien sind bei Protesten gegen Regierungschef Nikol Paschinjan mehrere Menschen verletzt und einige Demonstranten vorübergehend festgenommen worden.

In der armenischen Hauptstadt Jerewan kam es am Freitagabend zu Zusammenstößen von Regierungsgegnern mit der Polizei, wie ein Reporter der Deutschen Presse-Agentur berichtete.

Wie die Nachrichtenagentur Interfax am 4. Juni berichtete, wurden dabei nach Angaben des armenischen Gesundheitsministeriums "sowohl Polizisten als auch Zivilisten verletzt. 60 Personen mussten in diversen Krankenhäusern behandelt werden. Darunter sind 39 Polizisten". Wie der Pressedienst der armenischen Polizei mitteilte, sind bei den Protesten 11 Personen festgenommen worden.

Laut Interfax kam es zu Zusammenstößen zwischen oppositionellen Demonstranten und Polizeikräften vor dem Sommersitz der Regierung im Zentrum von Jerewan, wo der armenische Premierminister Nikol Paschinjan residiert.

Seit dem 25. April finden in ganz Armenien Proteste der Opposition statt. Die Demonstranten sind der Ansicht, dass die derzeitige Politik der Behörden die Staatlichkeit des Landes bedrohe und die Existenz der nicht anerkannten Republik Berg-Karabach gefährde.

Anlass für die Proteste waren die jüngsten Äußerungen des Premierministers Nikol Paschinjan zu Berg-Karabach. Paschinjan sagte, die internationale Gemeinschaft dränge darauf, "die Messlatte für den Status der nicht anerkannten Republik" zu senken, und fordere, die territoriale Integrität Aserbaidshans anzuerkennen.

Ein Großteil des zuvor von Armenien kontrollierten Gebietes ist nach einem Krieg beider Länder im Herbst 2020 an Aserbaidshans gefallen. Dies löste eine schwere politische Krise in Armenien aus. Obwohl Paschinjan im vergangenen Jahr die Neuwahlen gewinnen konnte, kommt das Land nicht zur Ruhe. Viele Armenier werfen ihm nach wie vor eine Niederlage in dem Krieg vor. Beobachter erwarten, dass es abermals zu Neuwahlen kommen könnte.

Wie RIA Nowosti [berichtet](#), gingen Spezialkräfte am Freitag mit Blendgranaten gegen Demonstranten vor Paschinjans Residenz in Jerewan vor.

Der Protestmarsch begann gegen 16:40 Uhr Ortszeit – die Demonstranten marschierten durch die Stadt in Richtung des zentralen Platzes der Republik und näherten sich diesem gegen 17:10 Uhr. Sie beschimpften Paschinjan als "Verräter" und forderten seinen Rücktritt.

Armenien strebt nun unter internationaler Vermittlung, unter anderem durch Russland, ein Friedensabkommen mit dem verfeindeten Nachbarland Aserbaidshans an. Bisher wird ein Waffenstillstand zwischen Aserbaidshanern und Armeniern von russischen Soldaten in der Bergregion überwacht. Während sich Aserbaidshans von der Türkei unterstützt sieht, verlässt sich Armenien auf Russland als Schutzmacht. Seit dem Ende der Kämpfe kommt es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen an der Grenze.

Paschinjan selbst war infolge wochenlanger Straßenproteste und Unruhen an die Macht gekommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629b0a7b48fbef1ee9022e57.jpg>
Ein Protestmarsch der Opposition in der armenischen Hauptstadt Jerewan am 25. Mai 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 4.6.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 460 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, 155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

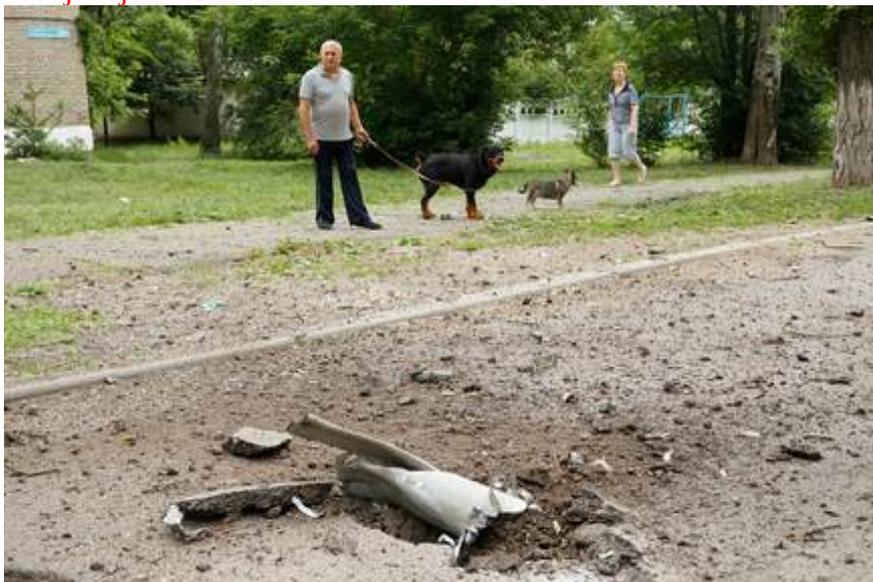
Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist und 14 wurden verletzt.**

16 Wohnhäuser, 11 Fahrzeuge und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

In den letzten 24 Stunden wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation 2 Schützenpanzer und 30 Mann vernichtet. Durch heftigen Beschuss wurden 3 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Wodjanoje unterdrückt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629b03a4b480cc07c632fcdbd.jpg>

Bild (RT/Sputnik): Eine Einschussstelle nach einem ukrainischen Raketenangriff auf Donezk, 3. Juni 2022

10:57 (9:57) novorosinform.org: **Der Westen hat nicht mehr die Mittel, um die Entwicklung Russlands einzudämmen – Wolodin**

Die Vereinigten Staaten belasten weiterhin die Volkswirtschaften der europäischen Länder, betrauen sie mit der Umsetzung von Sanktionen und berauben sie ihrer Unabhängigkeit, aber die Reserven Europas seien praktisch erschöpft, erklärte Staatsduma-Sprecher Wjatscheslaw Wolodin.

Der Westen habe seine Fähigkeit erschöpft, die Entwicklung der Russischen Föderation einzudämmen, nun seien unfreundliche Länder gezwungen, zwischen „einem schlechten und einem sehr schlechten Szenario für ihre Volkswirtschaften“ zu wählen, schrieb Wolodin auf seinem Telegram-Kanal und kommentierte das neue Paket antirussischer Sanktionen.

Ab dem Datum der Genehmigung des sechsten Sanktionspakets werde Europa jährlich über 250 Milliarden Euro zu viel für Energieressourcen bezahlen, ohne die Kosten für die Suche und den Wechsel zu neuen Öllieferanten zu berücksichtigen, erklärte Wolodin.

Wolodin sei überzeugt, dass die Vereinigten Staaten, indem sie die EU zu Sanktionen drängen, die europäischen Länder von Washington abhängig machen und ihnen die Unabhängigkeit nehmen, die sie vor nicht allzu langer Zeit angestrebt haben.

Er schrieb auch, dass sich die russische Wirtschaft nach der Neuausrichtung auf den asiatischen Markt trotz der anfänglichen Verluste durch das westliche Ölexportverbot im positive entwickeln könnte.



https://novorosinform.org/content/images/58/65/45865_720x405.jpg

10:04 de.rt.com: **Roskosmos-Chef Rogosin lässt deutsches Röntgenteleskop eROSITA wieder in Betrieb nehmen**

Der Chef der russischen Weltraumorganisation Roskosmos, Dmitri Rogosin, hat nach eigenen Angaben angeordnet, den Betrieb des deutschen Röntgenteleskops eROSITA, das ein Bestandteil des russisch-deutschen Weltraumobservatoriums Spektr-RG ist, wiederaufzunehmen. Auf Telegram schrieb der Roskosmos-Chef:

"Diejenigen in Berlin, die die Abschaltung des deutschen Teleskops aus Russenhass und politischen Gründen beschlossen haben, hatten kein Recht darauf. Der Betrieb des Weltraumobservatoriums ist wichtig für die Wissenschaft. Wir werden den Fehler der Deutschen wiedergutmachen und ihr Teleskop in unserem Observatorium Spektr-RG wieder einschalten."

Nach Angaben der deutschen Seite war eROSITA am 26. Februar in einen sicheren Zustand versetzt worden. Der wissenschaftliche Betrieb des Instruments wurde im Zusammenhang mit

dem Ukraine-Krieg bis auf Weiteres pausiert. eROSITA hatte bisher vier von acht geplanten Durchgängen zur Durchmusterung des gesamten Himmels abgeschlossen.

Am 3. Juni warnte der wissenschaftliche Leiter des Projekts SpektR-RG, Raschid Sjunjajew, in einem Kommentar für die russische Nachrichtenagentur Interfax, dass die Inbetriebnahme des deutschen Teleskops nur aufgrund einer Genehmigung der deutschen Seite möglich sei. Denn nicht abgestimmte Handlungen könnten zu technischen Störungen und einem Versagen des Gerätes führen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629b0cf248fbef79d679ab06.jpg>

Ein eROSITA-Modell im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, 14. Februar 2019

Wpered.su: Dmitrij Nowikow: Es muss etwas mit den Zentren der Entscheidungsfindung in der Ukraine getan werden, weil im Donbass immer noch Kinder sterben

Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine bedeutet auch die Deokkupation dieses Landes. Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF, der erste stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für internationale Angelegenheiten Dmitrij Nowikow in der Sendung „Wremja pokaschet“ im Ersten Kanal, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Dmitrij Nowikow kommentierte die Worte des stellvertretenden Verteidigungsministers der USA Kahl über die Möglichkeit des Einsatzes von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern Himars auf Ziele „die in der Ukraine liegen“, einschließlich der russischen Krim und der Volksrepubliken des Donbass. Wie bekannt ist, sieht die Kiewer Regierung diese Gebiete nach wie vor als Teil ihres Territoriums. In diesem Zusammenhang erklärte der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF: „Die Vertreter des Kiewer Regimes haben sich selbst überlistet. Denn wenn die offizielle Ukraine annimmt, dass sie das Recht hat, Schläge auf ihr eigenes Territorium zu verüben, so bedeutet das, dass sie eine Vorbereitung auf ein Genozid zugibt“. Personen aber, die eines Genozids schuldig sind, können entsprechend dem Völkerrecht zur Verantwortung gezogen werden.

Seinen Gedanken ausführend erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma zur internationalen Angelegenheiten: „Ich bin kein Militarist, aber allem Anschein nach ist es Zeit, etwas mit den Zentren der Entscheidungsfindung in der Ukraine zu tun. Immer noch sterben im Donbass Kinder. Russisches Territorium wird beschossen... Es kommt die Zeit zum Handeln. Ist daran ein Element unserer Unmenschlichkeit? Nein! Denn die Vertreter der Führung der Ukraine sind „Funktionsträger“. Sie regieren, indem sie die Nazismus befördern und die „Partei des Krieges“ sind. Deshalb wird die Beseitigung dieser „Funktionsträger“ sowohl das ukrainische Volk als auch Russland von der militärischen Konfrontation befreien. Alles, was der ukrainischen Führung von sehr „Menschlichem“ geblieben ist, die die Fähigkeit unter Nutzung korrupter Schemata Geld zu stehlen.“

11:01 de.rt.com: **Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir hält neues Entlastungspaket für nötig**

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hält angesichts der Auswirkungen des Ukraine-Krieges weitere Hilfen für die Bundesbürger für nötig. Die „Welt am Sonntag“ [zitiert](#) den Grünen-Politiker mit den Worten:

"Mir macht die aktuelle Preisentwicklung bei Lebensmitteln aufgrund des Ukraine-Krieges Sorgen."

Die Bundesregierung habe sofort Entlastungspakete geschnürt, um auf die Folgen des Krieges zu reagieren.

Jetzt plädiert Özdemir für die Streichung der Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte. Davon würden vor allem die einkommensschwachen Haushalte profitieren. Außerdem würde man zusätzlich einen Anreiz für eine gesündere Ernährung schaffen. Ihm sei jedoch klar, dass der Vorschlag "nicht bei allen Koalitionspartnern Begeisterungstürme" auslösen werde, so der Bundeslandwirtschaftsminister.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629b16d3b480cc07c632fcc6.jpg>

11:03 de.rt.com: **Putin: Russland verhindert nicht den Export von Getreide aus der Ukraine**

Wladimir Putin hat erklärt, dass Russland die Durchfahrt von Schiffen mit Weizen aus der Ukraine garantieren werde. Er betonte, dass die weltweite Nahrungsmittelkrise bereits vor der Sonderoperation begonnen habe und alle Versuche, Russland dafür verantwortlich zu machen, Spekulationen seien.

Russland die Schuld an der weltweiten Nahrungsmittelkrise zu geben, sei reine Spekulation, da die ungünstige Lage auf dem globalen Nahrungsmittelmarkt schon vor der Sonderoperation in der Ukraine begonnen habe. Dies hat der russische Präsident Wladimir Putin erklärt.

Russland sei bereit, den ungehinderten Export ukrainischen Getreides "ohne Probleme" über die von Russland kontrollierten Häfen zu gewährleisten. Ihm zufolge sei die russische Seite aktuell dabei, die Entminung der Häfen von Berdjansk und Mariupol am Asowschen Meer abzuschließen. Putin versicherte:

"Wir sind bereit, einen reibungslosen Export, auch von ukrainischem Getreide, über diese Häfen zu gewährleisten."

Der russische Staatschef wies darauf hin, dass der einfachste und billigste Weg, ukrainisches

Getreide zu exportieren, über Weißrussland führe. Doch dazu müsse der Westen die Sanktionen gegen Minsk aufheben. Putin erklärte, dass das Getreide von Weißrussland aus direkt zu den baltischen Häfen an der Ostsee und von dort aus in die ganze Welt gelangen würde.

Der russische Präsident [betonte](#), dass die ungünstige Situation auf dem Weltmarkt für Lebensmittel schon viel früher ihren Anfang genommen habe, noch vor dem Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine. Ihm zufolge habe die Nahrungsmittelkrise bereits im Februar 2020 Gestalt angenommen, als man sich mit den Folgen der COVID-19-Pandemie befasste und die Weltwirtschaft wieder aufbauen musste. So zum Beispiel habe Washington damit begonnen, große Geldsummen zur Unterstützung der eigenen Bevölkerung und einzelner Unternehmen und Industrien bereitzustellen.

Putin wies darauf hin, dass die Geldmenge in den USA von Februar 2020 bis Ende 2021 um 5,9 Billionen US-Dollar gestiegen sei, und bezeichnete dies als "ein noch nie dagewesenes Werk der Druckerpresse." Infolgedessen hätten die Lebensmittelpreise zu steigen begonnen. US-Finanzministerin Janet Yellen habe selbst zugegeben, dass die Vereinigten Staaten einen Fehler gemacht hätten, fügte Putin hinzu. Der russische Staatschef merkte an:

"Es handelt sich also um einen Fehler der Finanz- und Wirtschaftsbehörden der Vereinigten Staaten, der nichts mit den Aktionen Russlands in der Ukraine zu tun hat, überhaupt nichts." Als zweiten Grund nannte der russische Präsident die "kurzsichtige Politik" der Europäischen Union, insbesondere im Energiesektor. Infolgedessen stellten die Banken die Kreditvergabe ein, die Versicherungsgesellschaften stellten die Versicherung von Geschäften ein, und der Bau von Spezialfahrzeugen wurde zurückgefahren. All dies habe zu unzureichenden Investitionen im globalen Energiesektor geführt, sodass die Preise gestiegen seien, erklärte Putin.

Ende Mai hatte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, Moskau vorgeworfen, Lebensmittel als Waffe einzusetzen. Sie behauptete, Russland nutze Hunger und Getreide, um Einfluss zu gewinnen.

Seit Beginn der Militäroperation in der Ukraine wird eine weltweite Nahrungsmittelknappheit befürchtet, da Russland und die Ukraine zu den größten Getreidelieferanten der Welt gehören (16 Prozent bzw. 10 Prozent der weltweiten Weizenexporte in der Saison 2021/22).

Die Weizenpreise sind seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten in der Ukraine auf ein Rekordhoch gestiegen.

Auch US-Außenminister Anthony Blinken warf Russland vor, die Nahrungsmittelkrise in der Ukraine zu verschärfen. Etwa 20 Millionen Tonnen Getreide blieben im Land ungenutzt, betonte er.

Am 20. April hatte das russische Verteidigungsministerium den Verkehr ausländischer Kriegsschiffe und anderer staatlicher Schiffe in drei Gebieten des Schwarzen Meeres für sechs Monate ausgesetzt.



<https://thumbs.odycdn.com/1d9251232a687a317d647144ac5ff3ab.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 4. Juni 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 226 Ortschaften, einschließlich Brusowka und Sosnowoje im Bezirk Krasnyj Liman, befreit und vollständig unter Kontrolle genommen.

Unsere Gruppen dringen unter Kämpfen in Richtung Slawjansk vor.

11:30 de.rt.com: **Russland greift Artillerieschule in Ukraine an**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat auf seinem Briefing am Samstagvormittag über einen russischen Raketenangriff auf ein militärisches Ausbildungszentrum im ukrainischen Gebiet Sumy berichtet. Die Einrichtung in der Nähe der Ortschaft Stezkowka, in der ausländische Instrukteure ukrainische Soldaten im Umgang mit 155-Millimeter-Haubitzen des Typs M777 geschult hätten, sei mit Hochpräzisionsraketen getroffen worden. Bei einem weiteren Raketenangriff sei ein Stationierungsort ausländischer Söldner zerstört worden. Bei weiteren Angriffen mit hochpräzisen Raketen seien Munitions- und Brennstofflager, Kommandopunkte und Ansammlungen von Personal und Technik der ukrainischen Armee auf dem Territorium der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zerstört worden.

Konaschenkow teilte ferner mit, dass die russische Luftwaffe 54 Ansammlungen von Personal und Technik der ukrainischen Streitkräfte angegriffen habe. Dabei seien mehr als 400 ukrainische Nationalisten getötet worden. Gleichzeitig seien 20 Panzer- und Panzerfahrzeuge sowie vier Mehrfachraketenwerfer des Typs Grad außer Gefecht gesetzt worden.

Nach Angaben des Militärsprechers habe die russische Flugabwehr in der Nähe von Odessa ein Transportflugzeug mit Waffen und Munition abgeschossen. Außerdem seien in der Volksrepublik Lugansk und in den ukrainischen Gebieten Charkow und Nikolajew 17 Drohnen zerstört worden – zwei davon des Typs Bayraktar TB2. Seit dem Beginn der Sonderoperation habe die Ukraine somit 187 Flugzeuge, 129 Hubschrauber, 1.104 Drohnen, 328 Flugabwehrraketekomplexe, 3.406 Panzer und Panzerfahrzeuge sowie 466 Mehrfachraketenwerfer verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629b2367b480cc0cc256faf7.jpg>

nachmittags:

12:04 de.rt.com: Volksrepublik Donezk meldet 141 tote Zivilisten seit Eskalationsbeginn vor 108 Tagen

Die Behörden in Donezk haben am Samstag aktualisierte Statistiken über zivile Opfer der Kampfhandlungen in der Volksrepublik veröffentlicht. Seit dem Beginn der Eskalation vor 108 Tagen wurden demnach 141 Zivilisten, sieben davon Kinder, getötet. Weitere 676 Menschen, darunter 53 Kinder, erlitten Verletzungen. Die Behörden in Donezk registrierten insgesamt 3.777 Angriffe der ukrainischen Armee auf das Territorium der Volksrepublik, bei denen mindestens 33.848 Geschosse, darunter 28 Totschka-U-Raketen abgefeuert wurden. Seit dem Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine vor 101 Tagen nahm die Volksrepublik Donezk mit Unterstützung Russlands und der Volksrepublik Lugansk 226 Ortschaften unter eigene Kontrolle. Derzeit werde um die Stadt Swjatogorsk gekämpft, hieß es.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629b2e1bb480cc7d1405b1f4.jpg>

Folgen eines ukrainischen Angriffs auf Donezk, 30. Mai 2022

12:10 de.rt.com: **Joe Biden: Ukraine muss Russland möglicherweise Land überlassen**
Kiew muss Russland nach Meinung von US-Präsident Joe Biden möglicherweise Land überlassen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Das erwiderte der US-Präsident am Freitag auf die Frage eines Reporters. Er fügte jedoch hinzu: "Es ist ihr Territorium. Ich werde ihnen nicht sagen, was sie tun oder nicht tun sollen."

US-Präsident Joe Biden sieht in der Abtretung ukrainischen Territoriums an Russland eine Möglichkeit, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Die Ukraine müsse Russland möglicherweise Land im Rahmen einer "Verhandlungslösung" überlassen. Das erklärte Biden am Freitag auf die Frage eines Reporters, ob die Ukraine einen Teil ihres Territoriums an Russland abtreten solle, um den Krieg zu beenden und Frieden in der Region zu schaffen. "Von Anfang an habe ich gesagt – und nicht jeder hat mir zugestimmt –, dass die Vereinigten Staaten weiterhin keine Entscheidungen über die Ukraine ohne die Ukraine treffen werden", begann der US-Präsident seine Antwort. "Es ist ihr Territorium. Ich werde ihnen nicht sagen, was sie tun oder nicht tun sollen". Er ergänzte:

"Aber es scheint mir, dass es irgendwann eine Verhandlungslösung geben muss. Und was das bedeutet, weiß ich nicht. Ich glaube nicht, dass das irgendjemand zu diesem Zeitpunkt weiß. Aber in der Zwischenzeit werden wir die Ukrainer weiterhin in die Lage versetzen, sich selbst zu verteidigen."

Die Idee des US-Präsidenten ist indes nicht neu. Auf dasselbe Thema angesprochen entgegnete die Kommunikationsdirektorin des Weißen Hauses, Kate Bedingfield, bereits im März, dass sie die Angelegenheit nicht "vorverurteilen" wolle.

Allerdings ist fraglich, ob Kiew einer Aufteilung des osteuropäischen Landes zustimmen würde.

Mehrfach hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij erklärt, dass die territoriale Integrität der Ukraine garantiert werden solle. "Wir sind nicht bereit, eines unserer Gebiete abzutreten, denn unsere Gebiete sind unsere Gebiete: Es geht um unsere Unabhängigkeit, unsere Souveränität; das ist das Problem", sagte der ukrainische Präsident am Dienstag in einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin Newsmax.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629b0a24b480cc079d5c29ba.jpg>

13:30 de.rt.com: **Peskow: "Hauptziel der Operation ist Schutz der Menschen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk"**

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat die russische Militäroperation in der Ukraine bewertet. Seinen Worten zufolge ist es den russischen Truppen in den 100 Tagen gelungen, viele Siedlungen zu befreien und bestimmte Ergebnisse beim Schutz der Bevölkerung im Donbass zu erzielen.

Nach 100 Tagen des Krieges in der Ukraine wurde eine Reihe von Zielen zum Schutz der Bevölkerung im Donbass und zur Rückkehr der Bürger zu einem friedlichen Leben erreicht.

Dies erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow. Auf die Frage, was in den 100 Tagen der Militäroperation erreicht worden sei, antwortete er:

"Hauptziel der Operation ist der Schutz der Menschen in der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk. Es wurden Maßnahmen im Bereich der Vorsorge und des Schutzes ergriffen, und es wurden bestimmte Ergebnisse erzielt."

In dieser Zeit seien viele Siedlungen von den "pronazistischen" Kräften der ukrainischen Streitkräfte und den "Nazis" befreit worden und die Menschen hätten zu einem friedlichen Leben zurückkehren können. Peskow fügte hinzu:

"Diese Arbeit wird fortgesetzt, bis die Ziele der militärischen Sonderoperation erreicht sind. Jeder Tag der militärischen Sonderoperation bringt neue Erfahrungen mit sich, die natürlich auch bei der Fortführung der Operation genutzt werden."

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte in den frühen Morgenstunden des 24. Februar eine Militäroperation in der Ukraine angekündigt. Als Ziele nannte er den Schutz der Bevölkerung im Donbass sowie die Entnazifizierung und Entmilitarisierung des Nachbarstaats. Einige Tage zuvor hatte Putin ein Dekret unterzeichnet, mit dem die Volksrepubliken Lugansk und Donezk innerhalb der Grenzen von 2014 anerkannt wurden. Peskow sprach auch von der Absicht, "Manifestationen nationalistischer Ideen" in der Ukraine zu verbieten. Anfang April erklärte er, dass Russland mit einem baldigen Abschluss der Operation rechne.

Russische Truppen sowie Kräfte der Volksmiliz der LVR und der DVR kontrollieren das Gebiet Cherson, den größten Teil der Gebiete Donezk, Lugansk und Saporoschje sowie etwa ein Drittel des Gebiets Charkow in der Ukraine. Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium erklärt, dass die Ziele der zweiten Phase der Militäroperation darin bestünden, die Kontrolle über den Donbass und den südlichen Teil der Ukraine herzustellen. Seit Beginn des Krieges haben Russland und die Ukraine mehrere Runden von Friedensgesprächen abgehalten, unter anderem in Istanbul. Damals übergab die ukrainische Seite ihre schriftlichen Vertragsvorschläge an die russische Seite. Sie beinhalteten unter anderem den Verzicht von Sicherheitsgarantien Kiews auf dem Gebiet der Krim und des Donbass. Außenminister Russlands Sergei Lawrow sah dann in der Position der ukrainischen Unterhändler die Einsicht, dass "die Fragen der Krim und des Donbass endgültig geklärt sind".

Daraufhin vereinbarten beide Seiten, die russischen Truppen aus den Richtungen Kiew und Tschernigow abzuziehen. Einen Tag nach den Gesprächen erklärte das russische Verteidigungsministerium, dass die Aufgaben im Norden der Ukraine erfüllt worden seien. Generalmajor Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, erklärte:

"Die erste Phase der speziellen Militäroperation der russischen Streitkräfte im Donbass und in der Ukraine war darauf ausgerichtet, den Feind zu zwingen, seine Kräfte, Mittel, Ressourcen und militärische Ausrüstung zu konzentrieren, um die großen Bevölkerungszentren in diesen Gebieten, einschließlich Kiew, zu halten."

Nach dem Rückzug der russischen Truppen aus dem Norden der Ukraine und der den Vorfällen in der Stadt Butscha erklärten jedoch beide Seiten, dass der Verhandlungsprozess praktisch festgefahren sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a262c48fbef6d2d1e39fe.jpg>

14:01 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Ortschaft im russischen Gebiet Brjansk: zwei Häuser in Brand**

Der Gouverneur des russischen Gebiets Brjansk, Alexander Bogomas, hat auf Telegram von einem ukrainischen Angriff auf eine Siedlung in der Nähe der ukrainischen Grenze [berichtet](#). Durch den Beschuss der Ortschaft Slutschewsk im Bezirk Pogar seien zwei Häuser in Brand geraten. Ein Ortsansässiger habe zudem eine leichte Splitterwunde erlitten. Er sei ins Krankenhaus eingeliefert und ärztlich behandelt worden.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/HITPsTJTAFRRhJz2JfbiWad4u_ySD5GMJW9iDHt1xEIorGwPe1QoX6gzPRSUQ0YBTh1i4ndMs7e5LplyirWxwuvyp5HXfs64F2B_UQ5pucjebToK4eFe80RqDsrQZloXkYcQyJes9gl1E5tCC8zxfHvhhJ9MU7vLtJRqzvh9u9YUZloRrXgPRLE-bhfs7u-6C3MLCRoChH1fy-ZH2lfrPJvafEqIyawA1WvFRTbAEnGhgi3a8oOOw2gSWAdNri98EUxISuQx5UoABS_CTI DsIzWAEkyQSoUj7Pgy1-kb9w9kkJUauVV4r2sCO4QcDap4ag1qUeNRZfdwn4AKd8f5w.jpg

14:28 de.rt.com: **Russischer Botschafter in Washington: US-Sanktionen beeinträchtigen globale Ernährungssicherheit**

Anatoli Antonow, Russlands Botschafter in den USA, hat die jüngsten US-Sanktionen gegen Moskau verurteilt. Er wies darauf hin, dass die neuen Restriktionen die aktuelle globale Krise weiter verschärfen und im Endeffekt auf Washington selbst zurückschlagen werden.

Der Botschafter Russlands in Washington Anatoli Antonow hat zu den neuesten Strafmaßnahmen der USA gegen Russland, die das US-Finanzministerium am Donnerstag angekündigt hatte, Stellung bezogen. Der Diplomat äußerte die Meinung, dass die Sanktionen die globalen Lieferketten bedrohen würden, was eine Beeinträchtigung der Lebensmittelsicherheit zur Folge haben werde. Auch die USA könnten von deren wirtschaftlichen Konsequenzen nicht verschont bleiben. Antonow wird auf dem Telegram-Kanal der Botschaft [zitiert](#):

"Wir sind überzeugt, dass die bösartigen restriktiven Praktiken die Lage in der Welt nur verschlimmern werden. Sie werden zu neuen Unterbrechungen in den Lieferketten führen und die Ernährungssicherheit beeinträchtigen. Wirtschaftliche 'Schwankungen' könnten auch die Vereinigten Staaten selbst treffen, wo das Problem der Verknappung bestimmter Lebensmittel immer akuter wird."

Antonow zeigte sich von den neuen Sanktionen "nicht überrascht" und führte sie auf eine "russophobe Hysterie Washingtons" zurück:

"Die angekündigten Maßnahmen sind eine weitere Bestätigung der russophoben Hysterie Washingtons. Sie stehen in einer Reihe mit den Versuchen, Russland für die weltweiten wirtschaftlichen Ungleichgewichte einschließlich der steigenden Kraftstoffpreise verantwortlich zu machen."

Allein der Gedanke an die Fähigkeit der russischen Wirtschaft, äußerem Druck standzuhalten, löse in Washington eine "Allergie" aus, argumentierte der russische Botschafter ferner. Er versicherte darüber hinaus, dass Moskau trotz der neuen Einschränkungen seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber anderen Staaten plangemäß nachkommen werde: "Selbst unter einem 'Sperrfeuer' von Einschränkungen und Verboten sind wir bereit, unsere eigenen Zahlungsverpflichtungen pünktlich zu bedienen. Wir sind uns sicher, dass die Versuche, die Zahlungsfähigkeit Russlands zu blockieren, bei seriösen Investoren nicht unbemerkt bleiben werden. Sie werden das Vertrauen in die Vereinigten Staaten selbst untergraben."

Zuvor hatten die USA Sanktionen über mehrere russische Geschäftsleute und Regierungsvertreter verhängt. Auf die Sanktionsliste wurden unter anderem die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa, Verkehrsminister Witali Saweljew, der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Maxim Reschetnikow, der Minister für Bau und Wohnungswesen Irek Faisullin und Vizeregierungschef Dmitri Grigorenko gesetzt. Dazu kamen der Leiter des russischen Metallurgieunternehmens Sewer-Stahl und Milliardär Alexei Mordaschow sowie der Chef des staatlichen russischen Luftfahrtkonsortiums OAK Juri Sljussar. Insgesamt sind 17 Personen von den neuen Restriktionsmaßnahmen betroffen. Darüber hinaus richteten sich die US-Sanktionen gegen mehrere russische Firmen, darunter die mit Mordaschow verbundene Sewer-Stahl. Außerdem schränkten die USA den Zugang zu US-Technologien für 71 juristische Personen aus Russland und Weißrussland ein, darunter eine Reihe führender Flugzeug- und Schiffbauunternehmen wie die Konstruktionsbüros Iljuschin, Rubin, Malachit und Almas. Zudem nahm Washington erneut mehrere russische Luxusjachten ins Visier.

Die Sanktionen sehen vor, dass etwaige Vermögenswerte der Betroffenen in den USA eingefroren werden. Außerdem ist es US-Bürgern verboten, Geschäfte mit den betreffenden Personen und Unternehmen zu tätigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6299e9f948fbef6e83123ab6.jpg>

14:59 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Holzkirche von ukrainischen Soldaten niedergebrannt**

Das russische Verteidigungsministerium weist jede Verantwortung für einen Vorfall zurück, bei dem die hölzerne Kirche zu Ehren aller Heiligen des russischen Landes in der Stadt Swjatogorsk in Brand geraten ist. Nach Angaben der Militärbehörde in Moskau sollen Einheiten der 79. Lande- und Sturmbrigade der ukrainischen Armee das Gotteshaus mit Brandmunition beschossen haben. Das russische Verteidigungsministerium beruft sich auf Einheimische, denen zufolge die Täter nach der Brandstiftung in Richtung der Ortschaft Sidorowo auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium geflohen seien.

"Die sich nördlich von Swjatogorsk befindenden Einheiten der russischen Streitkräfte führen keine Kampfhandlungen in diesem Bezirk durch und haben das Gelände des historisch-architektonischen Schutzgebietes in Swjatogorsk nicht beschossen."

In den sozialen Netzwerken machen derzeit [Fotos](#) und [Videos](#) die Runde, auf denen zu sehen ist, wie die im Jahr 2009 gebaute Kirche in Flammen steht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629b262048fbef77d337afd5.jpg>

Auf dem Bild: Ein Flugabwehrraketensystem vom Typ S-300PM2 "Favorit" feuert am 2. Juni 2022 eine Rakete ab.

15:08 de.rt.com: **Kiew fordert deutsche U-Boote und Raketensysteme**

Am Freitag war ein weiterer ukrainischer Politiker in Berlin zu Besuch: der Präsident des Ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada), Ruslan Stefantschuk. Bei seinen Treffen mit Bundeskanzler Scholz und Verteidigungsministerin Lambrecht erneuerte er die Forderung nach modernsten deutschen Waffen sowie dem EU-Beitritt seines Landes.

Berlin solle Kiew U-Boote und moderne Raketensysteme zur Verfügung stellen, forderte der Vorsitzende des ukrainischen Parlaments, Ruslan Stefantschuk, bei seinem Besuch in Deutschland.

Im Vorfeld eines Treffens mit der deutschen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht am

Freitag erklärte der Parlamentschef, die "Lieferung modernster Ausrüstung an die Ukraine" und eine rasche Entscheidungsfindung in dieser Angelegenheit würden den "gemeinsamen Sieg" über Russland näher bringen.

Stefantschuk äußerte zudem die Hoffnung, dass die Boden-Luft-Raketensysteme IRIS-T umgehend an die Ukraine geliefert werden.

"Ich schließe nicht aus, dass wir U-Boote aus Deutschland erhalten, denn wir sind bereit, die östliche Verteidigungsgrenze für ganz Europa zu werden", fügte er hinzu.

Lambrecht erklärte, ihr Land werde "weiterhin alles tun, um die Ukraine zu unterstützen, nicht nur jetzt, sondern auch auf lange Sicht".

In einem anschließenden Interview mit Welt TV, in dem er die Ergebnisse seines Besuchs in Deutschland zusammenfasste, betonte Stefantschuk nochmals, dass Kiew "in erster Linie" moderne Waffen brauche.

Er fügte hinzu, dass die Ukraine von Deutschland die Lieferung von gepanzerten Marder-Fahrzeugen und Leopard-Panzern erwarte, die der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba letzten Monat als Kiews "Traum" bezeichnete.

Am Freitag hat auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den ukrainischen Parlamentspräsidenten im Schloss Bellevue empfangen.

Am Vormittag des Tages hatte Stefantschuk Bundeskanzler Olaf Scholz im Kanzleramt besucht und war als Gast im Deutschen Bundestag. Nach dem Treffen mit Scholz sagte der Vertraute des ukrainischen Präsidenten, er könne sich vorstellen, dass auch Wladimir Selenskij Deutschland besuche, wenn sich das Kriegsgeschehen positiv für die Ukraine entwickle.

Stefantschuk sprach bei seinem Treffen mit Scholz auch das für die Ukraine so wichtige Thema des Status als EU-Beitrittskandidat an:

"Ich habe nochmal deutlich gemacht, dass Kandidatenstatus nicht gleich Mitgliedschaft bedeutet. Das verstehen wir sehr gut."

Scholz hatte zuvor klargestellt, dass es keine Abkürzungen für die Ukraine auf dem Weg in die EU geben dürfe. Die EU-Kommission will dazu noch im Juni eine Empfehlung abgeben. In der Generaldebatte im Bundestag am Dienstag hatte Oppositionsführer Merz (CDU) den Bundeskanzler dafür kritisiert, dass er keinen Termin für den ukrainischen Parlamentspräsidenten frei habe.

Die russische Militärintervention in der Ukraine hatte Deutschland dazu veranlasst, seine seit langem verfolgte Politik, keine Waffen in aktive Konfliktgebiete zu liefern, aufzugeben und später auch die Haltung, Kiew keine tödlichen Waffen zu liefern, zu ändern.

Moskau hat den Westen wiederholt davor gewarnt, die Ukraine mit Waffen "vollzupumpen", da dies den Konflikt nur verlängern und langfristige Probleme schaffen würde. Russland hat auch deutlich gemacht, dass es alle ausländischen Waffen und Waffentransporte in der Ukraine als legitime Ziele betrachtet.

Russland hatte in dem Nachbarstaat Ende Februar militärisch interveniert, nachdem die Ukraine die 2014 unterzeichneten und im Februar 2015 erneuerten Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt und Moskau schließlich die Donbass-Republiken Donezk und Lugansk anerkannt hatte. Mit den von Deutschland und Frankreich vermittelten Protokollen sollte den abtrünnigen Regionen ein Sonderstatus innerhalb des ukrainischen Staates verliehen werden. Der Kreml hat seitdem gefordert, dass die Ukraine sich offiziell zu einem neutralen Land erklärt, das niemals dem von den USA geführten NATO-Militärblock beitreten wird. Kiew wiederum beharrt darauf, dass die russische Offensive "völlig unprovziert" war, und wies Behauptungen zurück, wonach es eine Rückeroberung der beiden Republiken geplant gehabt haben soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629b40bf48fbef79d679ab2d.jpg>
Ruslan Stefanchuk (li) und Olaf Scholz vor dem Bundeskanzleramt in Berlin (03.06.22)

15:30 de.rt.com: **Russische Truppen führen neue Reserven an Sewerodonezk heran**
Beim Kampf um die Stadt Sewerodonezk im ostukrainischen Gebiet Lugansk hat Russland die Offensive nach ukrainischen Angaben mithilfe frischer Reserven fortgesetzt. Russische Angriffe auf den Vorort Ustinowka verliefen nach Angaben des ukrainischen Generalstabs erfolglos, ebenso eine versuchte Bodenoffensive im Raum Bachmut. Die russischen Angriffe zielen darauf ab, die ukrainischen Truppen in Sewerodonezk von der Versorgung abzuschneiden und sie einzukesseln. Die Gegend um Sewerodonezk und Lissitschansk ist ein Ballungsraum, in dem vor dem Krieg 380.000 Menschen lebten. Sie ist der letzte Teil des Gebiets Lugansk, der noch von kiewtreuen Truppen kontrolliert wird. Nach russischen Angaben steht der größte Teil der Stadt Sewerodonezk bereits unter Kontrolle der Volksrepublik Lugansk. Die Kämpfe fänden derzeit im ausgedehnten Industriegebiet im Westen und Süden der Stadt statt, das noch von ukrainischen Truppen gehalten wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629b633cb480cc03253b5113.jpg>

Eine Minenwerferabteilung der Lugansker Volksrepublik im Kampf um Sewerodonezk (29.05.22)

15:45 de.rt.com: **Lukaschenko: Russland plant nicht, die Ukraine zu erobern**
Der weißrussische Präsident hat erklärt, Putin wolle die Ukraine nicht übernehmen. Lukaschenko vertrat die Ansicht, die russischen Behörden zeigten lediglich, dass man mit Russland rechnen müsse und den Präsidenten des Landes nicht beleidigen oder "die russische Sprache ersticken" sollte. Die russische Führung habe nicht die Absicht, die Ukraine zu versklaven oder zu erobern.

Dies sagte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko laut der Zeitung SB.BY. Lukaschenko erklärte:

"Glauben Sie mir, Putin und das russische Militär haben nicht die Absicht, die Ukraine zu erobern. Sie haben gezeigt: Mit Russland muss gerechnet werden. Es gibt keinen Grund, den russischen Präsidenten zu beleidigen. Sie sollten die russische Sprache, die von allen Ukrainern gesprochen wird, nicht unterdrücken. Sogar, wie manche sagen, nationalistisch orientierte Ukrainer sprechen Russisch."

Er fügte hinzu, dass das Wichtigste für Russland seine eigene Sicherheit sei: Sowohl Moskau als auch Minsk müssten darüber nachdenken, wie man "eine Aufmarschbasis, von dem aus ein Angriff möglich wäre", verhindern könne.

Als Ziele der Operation in der Ukraine nannten die russischen Behörden die Entmilitarisierung des Nachbarstaates, seine Säuberung von "Pro-Nazi-Leuten", die "Befreiung von Völkermord" und die Beendigung des "rücksichtslosen Kurses" der vollständigen Vorherrschaft der USA und ihrer Verbündeten. Von einer Besetzung ukrainischer Gebiete sei nicht die Rede, betonte Moskau.

Im April hatte das russische Verteidigungsministerium den Beginn der zweiten Phase der Operation angekündigt, während der das Militär die vollständige Kontrolle über den Donbass und den südlichen Teil der Ukraine übernehmen soll. Die russischen Streitkräfte kontrollieren bereits eine Reihe von Gebieten, darunter das Gebiet Cherson und Teile des Gebietes Saporoschje. Die prorussischen Behörden in diesen Regionen haben mehrfach den Wunsch geäußert, in Zukunft Teil Russlands zu werden. Der Kreml betonte indes, dass derlei Fragen von den Einwohnern entschieden werden sollten. Auch die Anführer der Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben bereits von der Möglichkeit gesprochen, Teil Russlands zu werden.

Nach Beginn der russischen Sonderoperation verhängte die Ukraine das Kriegsrecht und brach die diplomatischen Beziehungen zu Russland ab.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a443f48fbef6dcc2b233c.jpg>

16:15 de.rt.com: **NATO-Manöver in der Ostsee starten am Sonntag**

Vom 5. bis 17. Juni finden in der Ostsee NATO-Militärübungen statt, an denen 16 Länder beteiligt sind.

An BALTOPS 22, wie die große jährliche Militärübung bezeichnet wird, beteiligen sich 14 NATO-Mitglieder (die USA, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Frankreich, Deutschland, Lettland, Litauen, das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Norwegen, Polen und die Türkei) sowie die zwei NATO-Partnerstaaten, Schweden und Finnland. Diese beiden Staaten streben die Aufnahme in das nordatlantische Militärbündnis an.

Die Übung wird Berichten zufolge anlässlich des 500-jährigen Bestehens der schwedischen

Marine in Stockholm beginnen, gefolgt von taktischen Manövern in den Gewässern und im Luftraum der Ostseeregion, und im deutschen Kiel enden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629b69adb480cc7ce025b636.jpg>

Das Kriegsschiff USS Kearsarge trifft am 2. Juni 2022 zur Teilnahme an den BALTOPS in Stockholm ein

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 4. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol eine weitere Basisstation für die Inbetriebnahme von LTE vorbereitet. In Fjodorowka, Bojewoje, Malinowka, Respublika, Nowojanisol und Staryj Krym wurden Kommunikationsobjekte zum Zweck der Inbetriebnahme untersucht. In Mangusch und Mariupol wurde eine ganze Reihe von Basisstationen gewartet.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens in Ortschaften auf dem befreiten Territorium wandten sich mehr als 3400 Menschen.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 16 Hektar Territorium und 10.650 Quadratmeter Gebäude kontrolliert und 172 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 4970 humanitäre Pakete ausgegeben. Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu

wenden.

18:46 (17:46) novorosinform.org: **Einheiten der Streitkräfte der Ukraine verloren 90 % ihres Personals in den Kämpfen um Sewerodonezk**

Der Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums der Russischen Föderation, Michail Misinzew, sagte, dass die Gruppierung der ukrainischen Truppen in Sewerodonezk fast vollständig zerstört wurde.

Jetzt ziehen sich die Streitkräfte der Ukraine aus der Stadt ins benachbarte Lisichansk zurück. Misinzew stellte fest, dass ukrainische Kämpfer in dieser Region schwere Verluste erleiden. Er sagte auch, dass die Kiewer Führung dem Militär befohlen habe, Container mit 100 Tonnen Salpeter und Säure in Sewerodonezk zu sprengen. Dies soll nach ihrer Vorstellung die Offensive der russischen Truppen aufhalten können.

Misinzew fügte hinzu, dass die Ukraine bei der Umsetzung dieser Provokation die russische Armee für die menschengemachte Umweltkatastrophe verantwortlich machen werde. Sie wollen diese Informationen in ukrainischen und westlichen Medien verbreiten.



https://novorosinform.org/content/images/58/83/45883_720x405.jpg

abends:

18:00 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Dem "Asot"-Chemiewerk in Sewerodonezk droht Sprengung**

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation hat am Sonnabend eine dringliche Erklärung veröffentlicht, in der es vor einer durch die ukrainischen Nationalisten in Sewerodonezk geplanten Provokation warnt.

Als die Kiewer Behörden erkannten, dass es unmöglich ist, die Industriezone von Sewerodonezk zu halten, heißt es in der Erklärung, hätten sie befohlen, die Tanks (Behälter mit Salpeter und Salpetersäure) des Sewerodonezker Azot-Chemiewerkes zu verminen.

Weiter wird gewarnt:

"Nach dem Plan des Kiewer Regimes soll die Sprengung dieser Behälter mit giftigen Chemikalien den Vormarsch der russischen Streitkräfte verzögern, indem eine chemische Kontaminationszone geschaffen wird.

Die ukrainischen Neonazis lassen sich nicht davon abschrecken, dass unschuldige Zivilisten durch diesen Terrorakt mit giftigen Chemikalien zu Schaden kommen könnten. (...)

Gleichzeitig planen die Kiewer Behörden für den Fall, dass diese unmenschliche Provokation durchgeführt wird, die russischen Streitkräfte zu beschuldigen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629b80da48fbef75734d5ae4.jpg>
g

Explosion im "Asot"-Chemiewerk am 30.05.22

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 04.06.22**

Heute hat der Gegner mehr als 410 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, 155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von 12 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist und 11 wurden verletzt**. 28 Wohnhäuser, ein Fahrzeug und 6 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

In den letzten 24 Stunden wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation 2 Schützenpanzer, ein Lastwagen und 40 Mann vernichtet. Durch heftigen Beschuss wurden 3 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Peski unterdrückt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 25 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:30 de.rt.com: **Sudetendeutscher Karlspreis für Selenskij**

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij ausgezeichnet. Er sei nach dem russischen Angriff auf die Ukraine nicht geflohen, sondern kämpfe dafür, sein Land in eine europäische Zukunft zu führen, sagte Bernd Posselt, der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, am Samstag in Hof.

Den Europäischen Karlspreis nahm stellvertretend eine Frau entgegen, die aus der Ukraine

geflohen war. Sobald es die Lage zulasse, wollen Vertreter der Landsmannschaft mit dem Preis nach Kiew reisen, sagte Posselt. Ein weiterer Karlspreis ging an den rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis – er erhält den Preis für das Jahr 2020, damals fiel die Verleihung wegen der Corona-Pandemie aus.

Mit dem Europäischen Karlspreis zeichnet die Landsmannschaft Menschen aus, die sich besonders für die europäische Einigung und die Völkerverständigung verdient gemacht haben. Er ist nach dem mittelalterlichen Kaiser Karl IV. benannt.

19:05 de.rt.com: **Polnisches Außenministerium: EU bereitet siebtes Sanktionspaket vor**

Die Europäische Union arbeitet am nächsten, siebten Paket von Sanktionen gegen Russland, gab der stellvertretende polnische Außenminister Paweł Jabłoński am Sonnabend gegenüber Journalisten bekannt.

Jablonski äußerte den Wunsch, dass sich die neuen Sanktionen auf die Gaslieferungen aus Russland auswirken werden und weitere russische Banken vom SWIFT-System abgekoppelt würden. Er fügte hinzu, dass Polen es darüber hinaus für notwendig halte, russische Vermögenswerte in der EU nicht nur einzufrieren, sondern auch zu beschlagnahmen:

"Die Arbeiten zu diesem Thema sind bereits im Gange."

Am Vortag hatte die Europäische Union in ihrem Amtsblatt das sechste Paket von Sanktionen gegen Russland veröffentlicht. Dazu gehört auch die schrittweise Verhängung eines Embargos für Ölimporte aus Russland.

19:59 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Russland führt keinen Feldzug gegen ukrainische Kultur**

Russland habe keineswegs die Absicht, die ukrainische Kultur zu zerstören, im Gegensatz zu westlichen Ländern, erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums.

Waffenlieferungen an die Ukraine trügen nicht zur Bewahrung des Kulturerbes in diesem Land bei, betonte sie.

Die von Brüsseler Beamten gegen Russland erhobenen Vorwürfe einer gezielten Zerstörung der ukrainischen Kultur seien nicht nachvollziehbar, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, während eines offiziellen Briefings. Der Nachrichtenagentur TASS zufolge reagierte sie damit auf die Anschuldigungen der EU bezüglich der "vorsätzlichen Zerstörung der ukrainischen Kultur" und verlangte zu spezifizieren, "wie, wer und wann" versucht habe, diese zu zerstören.

"Im Gegensatz zu unseren Nachbarn haben wir uns nie zu einem solchen Verhalten hinreißen lassen. Wir haben nie eine Kampagne zum Abriss von Denkmälern ukrainischer Persönlichkeiten und zur Umbenennung von nach ihnen benannten Straßen geführt", betonte Sacharowa.

Sie erklärte weiter, dass die Ukraine und Russland einen gemeinsamen Kulturraum und eine gemeinsame Geschichte hätten, so TASS:

"Wovon reden Sie überhaupt? Verstehen Menschen, die solche Aussagen machen, etwas von der Geschichte unseres gemeinsamen Lebensraums, von den aktuellen Entwicklungen? Wir haben eine große Anzahl von Denkmälern, nicht nur Straßennamen, sondern auch eine hohe Zahl von Orten, kulturellen Stätten und Denkmälern, die mit unserer gemeinsamen Geschichte oder der Geschichte der Ukraine als einer Republik, die Teil der UdSSR war, und darüber hinaus zusammenhängen."

Sacharowa ging auch auf die europäischen Waffenlieferungen an die Ukraine ein. Diese stünden im Widerspruch zu dem erklärten Ziel, die ukrainische Kultur zu schützen und wieder aufzubauen, betonte sie. "Hier zeigt sich einmal mehr die zerstörerische Logik Brüssels, das bereit ist, die Grundprinzipien der internationalen humanitären Zusammenarbeit zu gefährden und die Kultur, den Sport, die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und die

Jugendpolitik zu politisieren, um die eigenen oder als solche bezeichnete Ziele zu erreichen", so die Sprecherin des russischen Außenministeriums. Laut Sacharowa seien die Versprechen, die in der Erklärung der EU-Kommissare zum Schutz und zur Entwicklung der Kultur gemacht wurden, "weit von den tatsächlichen Bestrebungen der EU entfernt".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629b3d4548fbef79d679ab27.jpg>